

MEHR BRAUCHT MEHR

TARIFRUNDE IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Offener Brief an Ministerpräsident Winfried Kretschmann

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

am Dienstagabend haben Sie als unser Ministerpräsident im SWR-Interview gesagt: „In einer Pandemie Kindergärten zu bestreiken, dafür habe ich überhaupt kein Verständnis“.

Das ist für uns schwer verständlich und enttäuschend.

Wir erwarten von unserem Ministerpräsidenten, dass er das in der Verfassung verankerte Grundrecht auf Streik achtet und wollen nicht vom Landesvater gemaßregelt werden.

Wir wollten die Verhandlungen verschieben. Die Arbeitgeberseite hat uns in die Verhandlungen gedrängt. Jetzt blockieren sie, so dass wir Maßnahmen ergreifen müssen.

Im Corona Lockdown waren wir vom ersten Tag an in Notbetreuungen im Einsatz, für die Kinder und ihre Eltern. Natürlich auch mit Ängsten auf allen Seiten, aber auch mit dem Verständnis für die Notwendigkeit der Aufgabe.

Dann haben wir uns mit unserer Gewerkschaft ver.di für eine rasche Vollöffnung der Kitas stark gemacht, unter der Überschrift „so schnell wie möglich, so sicher wie nötig“. Unsere Gewerkschaft ver.di hat wesentlich zu einem runden Tisch Kita-Öffnung beigetragen – selbstverständlich mit Eltern und allen anderen Beteiligten.

Seit den Pfingstferien arbeiten wir wieder in unseren Gruppen, ohne Abstand, ohne Masken, mit vollem Risiko, aber mit hohem Engagement.

Für Testungen nach den Sommerferien musste ver.di bei der Landesregierung kämpfen. Natürlich sind Testungen nur eine Momentaufnahme und kein echter Schutz. Aber sie helfen, Ängsten, berechtigten Ängsten vor Infektionen, zu begegnen.

Wir pädagogischen Fachkräfte geben gerne 200 Prozent in diesen schweren Zeiten für unsere Kinder, ihre Eltern und auch deren Arbeitgeber, um die Betreuung sicherzustellen.

Dass wir jetzt, wenn es um unsere Interessen geht, zurückstecken sollen, enttäuscht uns nicht nur, es macht uns auch wütend.

Die Strategie der Landesregierung für diesen Herbst und Winter ist offensichtlich:

Vermeidbare, private Hotspots soweit wie möglich einzudämmen, damit wir Einschränkungen und Schließungen in Wirtschaft, Schule und Kitas vermeiden und dort deshalb unvermeidbare Hotspots in der Summe so gering wie möglich halten.

Wir befürworten diese gesamtgesellschaftliche Strategie. Auch wir wollen keinen zweiten Shutdown.

Aber was ist mit uns, die wir an den kommenden, sehr wahrscheinlichen Hotspots täglich arbeiten müssen?

Unsere Gewerkschaft ver.di war bereit, die Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst, in der es ab Juli um die noch fehlende Aufwertung, auf die wir fünf Jahre geduldig gewartet haben, gegangen wäre, wegen Corona unbefristet zu verschieben.

Auch in der laufenden Tarifrunde waren wir bereit, einen Kurzläufertarifvertrag zu akzeptieren und haben diesen aktiv angeboten, um erst nach der zweiten Welle die eigentliche Tarifrunde zu führen. Die öffentlichen Arbeitgeber haben das brüsk abgelehnt. Sie bauen auf unsere Schwäche in diesen schwierigen Zeiten.

Deshalb sind wir jetzt mit ver.di auch an einzelnen Tagen auf der Straße statt in der Kita. Gehaltsverzicht akzeptieren wir nicht, das haben wir nicht verdient.

Sehr geehrter Herr Kretschmann, anstatt uns zu kritisieren, bitten wir Sie, sich bei den kommunalen Arbeitgebern für ein Angebot stark zu machen, das den Wert unserer Arbeit widerspiegelt.

Mit freundlichen Grüßen

Hansi Weber
Vorsitzende der Fachgruppe SKJ
in ver.di Baden-Württemberg

Sabine Leber-Hoischen
Erzieherin und ver.di
Vertrauensfrau in Mannheim

VER.STÄRKT SOZIAL- UND ERZIEHUNGSBERUFE

ver.di